

## **Verfassungsrechtliche Bedenken und Gefährdung der Demokratie**

*Tobias Bendel, Spitalsoldat*

Die Zunahme der subsidiären Einsätze der Armee birgt ein grosses Risiko für die Demokratie: Die Trennung zwischen zivilen und militärischen Sicherheitsaufgaben wird verwischt. Die Armee übernimmt seit einigen Jahren immer mehr Aufgaben, die eigentlich in den Kompetenzbereich der Polizei fallen. Die zivilen Behörden tragen zwar formell die Verantwortung für die Einsätze und geben theoretisch deren Rahmenbedingungen vor, die Ausführung und das Kommando wird aber dem Militär überlassen. Die Behörden tragen damit zu einer gefährlichen Militarisierung der inneren Sicherheit bei. Es müsste das Ziel aller demokratischen Organe sein, sich dagegen zu wehren, denn das Wesen des Militärs widerspricht allen Grundsätzen der Demokratie.

Gemäss der Bundesverfassung darf die Armee nur zur „Abwehr schwerwiegender Bedrohungen der inneren Sicherheit und bei der Bewältigung anderer ausserordentlicher Lagen“ eingesetzt werden. Nach der jährlichen Wiederholung zum x-ten mal ist dies für den Einsatz am WEF schon lange nicht mehr gegeben. Ebenso wenig trifft dies auf die Armee-Einsätze zur Botschaftsbewachung zu. Anstatt die Verfassung zu beschützen, untergräbt die Armee damit einen der wichtigsten Grundsätze unseres Gesellschaftsvertrags.

Es liegt in der Verantwortung der zivilen Behörden, ob die Armee eingesetzt wird oder nicht. Dabei sollten die Entscheidungsträger aber nicht nur die angeblich permanent knappen polizeilichen Ressourcen im Auge haben, sondern sich auch der Gefahren solcher Armeeeinsätze bewusst sein. Natürlich ist es der bequemste Weg, die ohnehin aufgaben- und orientierungslose, ressourcenverschlingende Armee für einen fragwürdigen Sicherheitsgewinn einer privaten Veranstaltung zu nutzen. Ob die Sicherheit durch einen Armeeeinsatz jedoch wirklich verbessert wird, ist fraglich: Denn schlecht ausgebildete, unmotivierte Soldaten, stellen mit ihren scharf geladenen Waffen in erster Linie eine potentielle Gefahrenquelle, und keinen Schutz dar.

Ein weiteres Problem von subsidiären Einsätzen ist, dass unser Staat nach wie vor die Wehrpflicht für junge Männer kennt. Es verstösst gegen unser Verständnis von Freiheit und Demokratie, wenn ein Soldat dazu gezwungen wird, einen Einsatz gegen seine eigenen Mitbürger zu leisten, der unter Umständen komplett seinen Grundüberzeugungen widerspricht. In den vergangenen Jahren war es so, dass die Soldaten sogar den Befehl erhielten, sich nicht kritisch über das WEF zu äussern. Dies ist eine krasse, völlig inakzeptable Einschränkung der Meinungsfreiheit! Daher auch unser Aufruf an die WEF-Soldaten, ihre Meinung offen zu bekunden!